



Holzkirchen, 11.6.2021

Aktionsbündnis Zivilcourage Miesbach

www.zivilcourage-miesbach.de

Herrn

Vorsitzenden der

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ralph Brinkhaus, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bitte um Stellungnahme zu Verfahren der Neuen Gentechnik

Anlage: 1

Sehr geehrter Herr Dr. Brinkhaus, sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns zum Thema **Neue Gentechnikverfahren** mit der herzlichen Bitte an Sie, uns Ihre Position hierzu zu erläutern.

Unser **Aktionsbündnis Zivilcourage Miesbach** (www.zivilcourage-miesbach.de) informiert die Bevölkerung im Landkreis Miesbach seit mehr als 10 Jahren über Risiken der Agrogentechnik. Dadurch ist bei Landwirten und Verbrauchern eine hohe Sensibilität entstanden.

Die Entwicklung neuer Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas hat eine Debatte über politische und rechtliche Konsequenzen ausgelöst. Wir haben das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 25. Juli 2018 sehr begrüßt, wonach neue Gentechnikverfahren nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden müssen wie bisherige Gentechnikverfahren. Aktivitäten der EU-Kommission wie eine Studie vom April 2021 lassen allerdings eine Tendenz erkennen, bisher geltende Regeln auszuhebeln und den Schwerpunkt der Beurteilung nur auf die Wirksamkeit der Verfahren für bestimmte beabsichtigte Veränderungen von Pflanzen zu legen. Komplexe Untersuchungen und Risikoforschung würden auch ungewollte

Genveränderungen mit deren eventuellen negativen Auswirkungen auf Pflanzen, Tiere, Menschen sowie die Biodiversität berücksichtigen.

Nach unseren bisherigen Informationen auch aus Kreisen unabhängiger Wissenschaftler besteht für eine Deregulierung kein Anlass.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie bei Ihrer Stellungnahme auf folgende Fragestellungen eingehen würden:

- Sehen Sie eine Notwendigkeit für die Anwendung neuer Gentechnikverfahren?
- Sollten Verfahren der Neuen Gentechnik nach den gleichen Regeln wie die bisherigen Verfahren behandelt werden?
- Wenn nein: In welcher Weise soll abgewichen werden und welche Gründe gibt es dafür?
- Welche Bedeutung haben für Sie in diesem Zusammenhang das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit für Landwirte und Verbraucher sowie die Kennzeichnungspflicht?
- Wie bewerten Sie die Tatsache, dass Risiken beim Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) nicht versicherbar sind?
- Wie bewerten Sie die Tatsache, dass ein großer Teil der Bevölkerung jeglicher Form der Agrogentechnik ablehnend gegenübersteht?
- Wie bewerten Sie den Einfluss von Unternehmen, die GVO produzieren und in Verkehr bringen, auf Forschung und Zulassungspraxis?
- Welche Gefahren sehen Sie bei der Patentierung von gentechnisch verändertem Saatgut und von gentechnisch veränderten Produkten?

Wir sind der Auffassung, dass über Chancen und Risiken der sog. Neuen Gentechnik eingehend und sachlich informiert werden muss. Die Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien müssen klar erkennbar sein. Wahltaktische Überlegungen dürfen bei diesem für Menschen, Tiere und Pflanzen wichtigen Thema nicht im Vordergrund stehen.

Wir bitten Sie deshalb um Ihre Stellungnahme bis zum **5. Juli 2021**. Nachdem es sich um einen öffentlichen Meinungsbildungsprozess handelt, gehen wir von Ihrem Einverständnis aus, dass wir Ihre Aussagen auch den Medien zur Verfügung stellen können.

Mit freundlichen Grüßen

Anneliese Blümel

Rüdiger Obermaier

Werner Schmid